

Keine Herrschaft ohne Widerstand: Die Zukunft Gazas nach dem Krieg und der Zusammenbruch ausländischer Illusionen

Während westliche Mächte Technokratie über Souveränität stellen, warnen palästinensische Widerstandsbewegungen, dass es ohne Befreiung keinen Wiederaufbau geben kann.



13. Oktober 2025 | Mohammad al-Ayoubi

Nach dem verheerenden Krieg gegen Gaza geht es nicht mehr in erster Linie um einen [Waffenstillstand](#) oder den Wiederaufbau, sondern darum, wer die Enklave [regieren](#) wird.

Es ist ein Kampf um Bedeutung, Legitimität und Souveränität. Wird die Zukunft Gazas von seinen Einwohnern gestaltet werden oder von denselben ausländischen Mächten, die unter dem Banner der „Erlösung“ zu seiner Zerstörung beigetragen haben?

Jedes Mal, wenn sich die Tore für „Wiederaufbau“ und „Hilfe“ öffnen, werden die Fenster der Souveränität zugeschlagen. Was sich dann abspielt, ist ein sich wiederholendes [koloniales Spektakel](#): eine palästinensische politische Ordnung, die unter ausländischer Aufsicht neu gestaltet wird, in der „politischer Realismus“ als Ersatz für Gerechtigkeit propagiert und „Technokratie“ als sterile Alternative zum Widerstand vermarktet wird.

Der Tag danach

Der hochrangige Hamas-Vertreter Ayham Shananaa erklärt gegenüber *The Cradle*, dass der Ausgang des Krieges nicht nach den Maßstäben traditioneller zwischenstaatlicher Konflikte gemessen werden könne, sondern als „existentieller Kampf zwischen einem Volk, das nach Befreiung strebt, und einer vom Westen unterstützten Besatzung“ verstanden werden müsse.

Er sagt, dass allein das Überleben der Hamas in der politischen Arena nach dem zweijährigen Krieg einen strategischen Sieg darstelle, da Israel selbst mit beispielloser internationaler Unterstützung seine erklärten [Ziele nicht erreicht](#) habe.

Diese Ansicht teilt auch Haitham Abu al-Ghazlan, ein Vertreter der Palästinensischen Islamischen Dschihad (PIJ), der bekräftigt, dass „der Widerstand heute stärker denn je ist“, und darauf besteht, dass der wahre Maßstab für den Sieg nicht in der materiellen Zerstörung liegt, sondern im Scheitern des zionistischen Vorhabens, die Bevölkerung zu vertreiben und den Willen der Palästinenser zu brechen.

Shananaa fügt hinzu, dass sich der Widerstand „als wichtiger Akteur etabliert hat, der in keiner Diskussion über die Zukunft Gazas umgangen werden kann“, und argumentiert, dass seine Standhaftigkeit ihn von einem rein militärischen Akteur zu einem nationalen Projekt mit einer Vision und Strategie gemacht habe.

Am bedeutendsten sei jedoch, dass „dieser Krieg einen Wandel im globalen Bewusstsein markiert hat“, fügt er hinzu und verweist dabei auf die beispiellose Solidarität mit den Palästinensern, die massiven Proteste und die symbolische [Anerkennung](#) des Staates Palästina, die allesamt auf einen tiefgreifenden Wandel in der westlichen öffentlichen Meinung über die Besatzung hindeuten.

Wiederaufbau als Druckmittel: Das neue Gesicht der Besatzung

Internationale Vorschläge für die Verwaltung des Gazastreifens – sei es in Form einer [technokratischen](#) Regierung oder einer Übergangsbehörde – werden als humanitäre Notwendigkeiten verkauft. In Wahrheit handelt es sich dabei jedoch um wenig mehr als kosmetische Umgestaltungen der alten Kontrollmechanismen.

In diesem Zusammenhang betont Abu al-Ghazlan, dass jeder solche Vorschlag „das Ergebnis eines inklusiven palästinensischen nationalen Dialogs sein muss, nicht das Ergebnis ausländischer Vereinbarungen oder internationaler Vormundschaft“. Er bekräftigt, dass „Wiederaufbau ein Menschenrecht ist, kein politischer Verhandlungspreis“, und lehnt jeden Versuch ab, ihn mit Entwaffnung oder Einschränkungen des Widerstands zu verknüpfen.

Die Politik der Regierungsführung: Kann Widerstand der Technokratie weichen?

Eine der zentralen Debatten, mit denen palästinensische Fraktionen derzeit konfrontiert sind, ist die Frage, ob sich die Autorität des Widerstands in eine technokratische Regierungsführung verwandeln kann – ob eine Trennung von Sicherheit und politischer Entscheidungsfindung möglich oder sogar wünschenswert ist.

Shananaa ist eindeutig: „Die Waffen des Widerstands sind eine rote Linie, solange die Besatzung besteht.“ Die Hamas lehnt zwar eine Zivilverwaltung zur Regelung des täglichen Lebens in Gaza nicht ab, aber er besteht darauf, dass die Bewegung keine Kompromisse hinsichtlich des Kerns ihres Sicherheitsapparats eingehen wird.

Abu al-Ghazlan, der aus der Perspektive der PIJ spricht (die [im Gegensatz zur Hamas](#) keine politische Agenda hat), bekräftigt dieselbe rote Linie:

„Alle Friedensprozesse, die den Widerstand seiner Waffen beraubt haben, endeten mit mehr Aggression und einer Ausweitung der Siedlungen.“

Was sich daraus ergibt, ist eine gemeinsame Formel: Eine zivile Regierung ist möglich, aber Souveränität – insbesondere Sicherheitshoheit – bleibt nicht verhandelbar.

Die Idee einer „vorübergehenden Zivilverwaltung“ mag moderat erscheinen, aber in Wirklichkeit handelt es sich um eine Regierung ohne Macht – eine Verwaltungshülle ohne politische Handlungsfähigkeit.

Dieses Modell zielt darauf ab, Gaza zu regieren, nicht zu befreien; es zu verwalten, nicht zu emanzipieren. Was Washington und Tel Aviv aufzubauen versuchen, ist ein hohles palästinensisches Modell, das unter dem Deckmantel der Besatzung die Illusion von „Selbstverwaltung“ vermittelt.

Shananaa und Abu al-Ghazlan betonen beide, dass alle künftigen Vereinbarungen „auf dem Schutz der Rechte der Menschen basieren müssen, nicht auf ausländischem Druck“.

Der Begriff „nationaler Konsens“ mag rhetorisch ansprechend klingen, dient jedoch häufig als Deckmantel für politische Illusionen. Ein echter Konsens erfordert echte Souveränität und einen unabhängigen palästinensischen Willen, während ein von außen auferlegter Konsens lediglich eine erneute Vormundschaft in Verkleidung ist.

Die Überlebensgleichung: Hamas, Legitimität und der Widerstand auf der Straße

Während die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) über Geberkanäle nach [verlorener Legitimität](#) strebt, bezieht die Hamas ihre Autorität aus dem Überleben inmitten der Trümmer. Die Menschen in Gaza – obwohl erschöpft – sehen in der Hamas keine Perfektion, sondern Trotz, eine Weigerung, angesichts der Vernichtung zu kapitulieren.

Zur Frage einer Regierung der nationalen Einheit, die den Gazastreifen und das besetzte Westjordanland umfasst, sagt Shananaa, dass dieser Vorschlag nicht neu sei. Die Hamas habe seit langem eine echte nationale Partnerschaft gefordert, sagt er und verweist auf wiederholte Versöhnungsversuche mit der Fatah in Kairo, Algier, Moskau und insbesondere [Peking](#).

Allerdings sei keiner davon umgesetzt worden, weil PA-Präsident Mahmoud Abbas sich geweigert habe, die Macht zu teilen oder einen ausgewogenen Rahmen zu akzeptieren, erklärt er:

Die Hamas hat keine Einwände dagegen, dass die Palästinensische Autonomiebehörde eine Aufsichtsfunktion oder finanzielle Rolle bei den Wiederaufbaumaßnahmen übernimmt, solange dies im Rahmen klarer Vereinbarungen geschieht, die die Waffen der Widerstandsbewegung schützen und jede ausländische Einmischung in Sicherheitsentscheidungen verhindern.

Abu al-Ghazlan fügt hinzu, dass Vertrauen zwischen der PA und der Widerstandsbewegung

nicht mit Worten, sondern mit Taten aufgebaut werden kann. Wenn die Menschen das Gefühl haben, dass die politische Entscheidung den Widerstand schützt und ihn nicht einschränkt, dann können wir sagen, dass wir den Weg zum Wiederaufbau des nationalen Vertrauens eingeschlagen haben.

Die Zukunft Gazas scheint auf drei mögliche Szenarien beschränkt zu sein, die durch das kriegsbedingte Machtgleichgewicht und den Umfang internationaler und regionaler Interventionen bei der Gestaltung des sogenannten „[Tages danach](#)“ geprägt sind.

Szenario 1: Widerstandsgesteuerte Regierungsführung – Hamas füllt das Machtvakuum

Dies ist mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa 60 Prozent das wahrscheinlichste Ergebnis. Es basiert auf dem Prinzip der „aufgezwungenen Realität“, bei dem die Hamas ihre Kontrolle über den Gazastreifen in dem Machtvakuum, das durch den Rückzug des israelischen Militärs aus den Gebieten entlang der Gelben Linie entstanden ist, wieder festigt.

Vom ersten Tag des Waffenstillstands an wurden die nationalen Sicherheitskräfte der Hamas wieder in den Straßen, an Kreuzungen und in befreiten Gebieten stationiert, wodurch eine sichtbar Sicherheitsarchitektur wiederhergestellt wurde, die während des Krieges teilweise zusammengebrochen war.

Shananaa macht dies deutlich, wenn er bestätigt, dass „etwa 70 Prozent des Gazastreifens unter der Kontrolle der von der Hamas gebildeten palästinensischen Sicherheitskräfte stehen“, was eine Realität vor Ort widerspiegelt, die nicht so leicht umgestoßen werden kann.

Dieses Szenario impliziert, dass der Gazastreifen mindestens ein bis zwei Jahre lang unter der politischen und sicherheitspolitischen Verwaltung der Hamas bleiben wird, bis interne und externe Vereinbarungen so weit ausgereift sind, dass eine technokratische Regierung der nationalen Einheit gebildet werden kann, die sowohl für palästinensische als auch für internationale Akteure akzeptabel ist.

Diese Phase würde einer „Übergangsregierung mit Gewalt“ gleichkommen – einer Mischung aus Widerstandsbehörde und provisorischer Zivilverwaltung, bis eine umfassendere politische Erklärung vorliegt.

Szenario 2: Rückkehr zu den Verhältnissen vor 2005 – Sicherheitskoordination und ausländische Aufsicht

Dieses von den USA und einigen regionalen Mächten favorisierte Szenario (mit einer geschätzten Wahrscheinlichkeit von 25 Prozent) sieht eine Rückkehr zu den Vereinbarungen vor 2005 vor: eine dreiseitige Koordination zwischen der israelischen Besatzungsmacht, der PA und einem von den USA geführten Aufsichtsgremium – möglicherweise mit Unterstützung Ägyptens und Katars.

In diesem Rahmen würden „international akzeptierte“ palästinensische Kräfte unter der Aufsicht eines zentralen internationalen Komitees die Verwaltung des Gazastreifens, die Grenzsicherheit, die Entwaffnungsbemühungen und die Verteilung von Hilfsgütern überwachen.

Diese Vision scheitert jedoch an zwei Widersprüchen:

- Erstens hat die Hamas nicht die Absicht, ihre politische oder militärische Position aufzugeben, nachdem sie den Krieg überstanden und einen Waffenstillstand erzwungen hat.
- Zweitens hat die jahrelange Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht im Bereich der Sicherheit dazu geführt, dass die PA keinerlei Vertrauen in der Bevölkerung mehr genießt.

Kurz gesagt: Dies bleibt eine westliche Fantasienvorstellung und ist kein gangbarer Weg.

Szenario 3: Geplantes Chaos – ein kontrollierter Abstieg in den Konflikt

Das unwahrscheinlichste (15 Prozent), aber gefährlichste Szenario sieht einen Rückfall in bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen palästinensischen Fraktionen – oder zwischen Widerstands-

gruppen und von [Israel unterstützten Milizen](#) oder der Besatzungsarmee – voraus, falls der Waffenstillstand zusammenbricht oder die politischen Verhandlungen scheitern.

Dies ist das von Tel Aviv bevorzugte Ergebnis, da es einen anhaltenden Zermürbungsprozess des Widerstands gewährleistet und Gaza in Unruhe hält, wodurch die Bildung einer stabilen oder einheitlichen politischen Ordnung verhindert wird.

Trotz seines Risikos ist dieses Szenario jedoch kurzfristig unwahrscheinlich, da regionale Akteure – insbesondere Ägypten und Katar – intensiv daran arbeiten, eine neue Eskalation zu verhindern, die das, was vom politischen Prozess noch übrig ist, zunichte machen könnte.

Die politische Implosion Tel Avivs: Netanjahus Sturz und die Krise des Zionismus

Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu wollte seinen Namen als der Mann, der die Hamas zerschlagen hat, in die Geschichte einschreiben. Stattdessen könnte er als Architekt seines eigenen [Untergangs](#) in Erinnerung bleiben – eine Ansicht, die sogar in israelischen Politikkreisen geteilt wird, von Yair Lapid bis [Bezelel Smotrich](#) und [Itamar Ben Gvir](#).

Das Waffenstillstandsabkommen war faktisch ein Eingeständnis des [Scheiterns des Zionismus](#). Die Kriegsziele – die Eliminierung der Hamas und die Befreiung der Gefangenen mit Gewalt – lösten sich angesichts des Widerstands in Luft auf.

Selbst wenn Netanjahu geht, wird das israelische Sicherheits- und Politestablishment weiterhin die Kontrolle über Gaza anstreben, jedoch ohne die einheitliche Erzählung, die einst das Töten im Namen des Überlebens rechtfertigte.

Shananaa sagt, das Waffenstillstandsabkommen habe die interne Krise Israels vertieft und den Zusammenhalt der rechtsextremen Koalition geschwächt. Er beschreibt die Regierung Netanjahu als „eine faschistische, extremistische Regierung, die selbst innerhalb der israelischen Gesellschaft ihre Legitimität verloren hat“.

„Mehr als 1,5 Millionen Israelis haben gegen den Krieg protestiert, und die Opposition wächst von Tag zu Tag. Die Unterstützung der USA hält Netanjahu politisch am Leben, aber sein Sturz ist nur eine Frage der Zeit.“

Die israelischen Ziele des Krieges haben sich von der „Auslöschung der Hamas“ zum „Überleben des Scheiterns“ verschoben. Es war ein Abstieg von einer strategischen Vision zu einer taktischen Reaktion, von einem Staat, der Geschichte schreibt, zu einem Staat, der um sein eigenes Überleben kämpft.

Letztendlich ist die Frage „Wer regiert Gaza nach dem Krieg?“ eher eine existenzielle als eine administrative Frage. Wer hat die tatsächliche Legitimität? Wer bestimmt die Zukunft? Wer entscheidet, wann der Krieg endet?

Shananaa gibt eine klare Antwort: „Es gibt keine Autorität über dem Widerstand und keinen Wiederaufbau ohne Souveränität.“

Legitimität wird nicht von Geldgebern verliehen oder durch Rahmenbedingungen auferlegt. Sie wird unter Beschuss geschmiedet, aus den Trümmern erobert. Und der „Tag danach“ beginnt nicht mit Unterschriften, sondern mit der Beendigung der Besatzung.